

Rede des Fraktionsvorsitzenden Swen Knöchel zur 2. Tagung des 6. Parteitag am 20. Mai 2017 in Halle (Saale)

- Es gilt das gesprochene Wort -

ich freue mich, dass ich hier in meiner Heimatstadt Halle Euch über die politischen Schwerpunkte der Arbeit unserer Landtagsfraktion berichten darf. Herzlich Willkommen in Halle.

Halle ist eines der drei Oberzentren unseres Landes. Alle drei Städte haben gemeinsam, dass ihre Entwicklung widersprüchlich verläuft. Da sind große Potentiale und große Probleme. Eines der größten Probleme bleibt die, sich gerade in den drei großen Städten zeigende Spaltung der Gesellschaft. In allen drei Städten ist die Kinderarmut besonders hoch. Die positive Bevölkerungsentwicklung, stellt Halle und Magdeburg vor große Herausforderungen, es fehlt an KiTa-Plätzen, die Schulkapazitäten reichen nicht aus. Ich verkenne nicht, dass Sachsen-Anhalt mehr ist als seine Oberzentren, als Fraktion stehen wir für eine Landesentwicklung, die Stadt und Land gemeinsam denkt. Die verhindert, dass leere Räume und abgekoppelte Gebiete entstehen.

Zu den Potentialen von Halle und Magdeburg gehören natürlich die zwei Universitäten unseres Landes. Wir finden hier ein urbanes Milieu, dass für linke Politik aufgeschlossen und zum Mitmachen bereit ist. Das belegen zum einen die Eintritte zahlreicher junger Menschen, aber auch die Gegenproteste am 01. Mai diesen Jahres, wo 4.000

Menschen sich Neonazis in den Weg stellten und deren Aufmarsch verhinderten.

Dennoch, als LINKE haben wir den Anspruch, Politik für das ganze Land zu machen und als Fraktion wissen wir darum, wieviel schwerer es ist in weiten ländlichen Gebieten linke Politik an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, unsere künftigen öffentlichen Fraktionstage im ländlichen Raum zu gestalten. Am 13. Juni werden wir in Stendal sein und uns mit dem Thema Kinderarmut befassen.

Ein wichtiges Potential des gesamten Landes und der drei Oberzentren im Besonderen ist die reiche Kulturlandschaft.

Die Bewerbungen der Städte Magdeburg und Halle jeweils als Kulturhauptstadt Europas zeigen, dass die kulturelle Entwicklung der urbanen Zentren mehr und mehr in das Interesse der Öffentlichkeit und auch der kommunalen Verantwortungsträger rückt. Das ist gut so.

Ungeachtet noch offener Entscheidungen und eines teilweise befremdlichen Konkurrenzgehabes der beiden Städte bleibt: die jeweils ins Blickfeld gerückten Entwicklungsperspektiven sind modern und notwendig. Sie müssen in den nächsten Jahren vorangebracht werden – ganz gleich ob unter dem Label „Kulturhauptstadt Europas“ oder nicht. Wenn dieser Wettbewerb zusätzliche Impulse und zusätzliches Engagement auszulösen vermag, umso besser.

Glaubwürdig sind die Bewerbungen allerdings nur, wenn die „Baustellen“ auf kulturellem Gebiet, die es in beiden Städten gibt, in den

Griff kommen. An diesen Problemen hat auch das Land seinen Anteil und wir fordern, dass es auch seiner Verantwortung nachkommt.

Denn Künstler und Kulturschaffende in Sachsen-Anhalt vollbringen herausragende Leistungen, die nicht selten weit über unser Land ausstrahlen. Vor allem aber bereichern sie unseren Alltag, stärken die Zivilgesellschaft, wir treffen sie in der ersten Reihe, wenn es gilt, für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu streiten.

Mit vielen von ihnen pflegen wir seit Jahren eine offene, konstruktive, nicht selten freundschaftliche Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit steht für eine wichtige Seite unseres Profils, sie prägt den Charakter der LINKEN in Sachsen-Anhalt ganz wesentlich mit.

Deshalb widmen wir auch den Arbeitsbedingungen der kulturellen und künstlerischen Vereine und Verbände, die ganz wesentliche Aufgaben im wohlverstandenen Landeinteresse wahrnehmen, eine große Aufmerksamkeit. Sie brauchen Planungssicherheit, verlässliche Förderung und angemessene Bezahlung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur so können sie Kristallisationskerne im geistig kulturellen Leben bleiben. Darauf richten wir unser parlamentarische Initiativen.

In der vergangenen Legislaturperiode ist in Sachsen-Anhalt ein kulturpolitischer Scherbenhaufen entstanden, wie es ihn bisher noch nicht gab. Das sich die neue Koalition und die neue Landesregierung redlich bemühen, diesen Scherbenhaufen zusammenzukehren nehmen wir zur Kenntnis. Wir begrüßen das. Hätten sie in der sechsten Wahlperiode nur einmal auf uns gehört, wäre heute manches besser.

Ein Jahr gibt es die Landesregierung aus CDU, SPD und Grünen. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, Kenia in Sachsen-Anhalt ist nicht so schön, wie es der Ministerpräsident herbeiredet. Reiner Haseloff braucht tatsächlich starke Sprachbilder, um das Problematische schön zu reden. Lagerfeuerromantik bemüht er. Ein schönes Bild, wenn ich auch die Romantik nicht finde welche die drei Kenianer spüren. Jedes und auch noch so fernes Wolfsgeheul droht die Zweckgemeinschaft am Lagerfeuer auseinanderzutreiben.

Und aus der dunklen Oppositionsnacht stellt sich beim Anblick dieser Lagerfeuergemeinschaft höchstens die Frage, wer gerade in der Mitte sitzt.

Im Moment scheint es die Landwirtschafts- und Umweltministerin zu sein. Sie wird gegrillt für rechtswidrige Zusagen ihres Kollegen Webel in der Sache Seilbahn in Schierke. Aber das kennen wir von Herrn Webel, durchs Land laufen, gesetzwidrig planen und dann mit Fingern auf Umweltverbände zeigen.

Der Doppelhaushalt ist eine Mogelpackung. Vorhaben für knapp 500 Mio. Euro sind nicht finanziert. Der Finanzminister legt noch vor Verkündung des Haushalts die Daumenschrauben an, um die Globale Minderausgabe zu erwirtschaften. Die Rücklagen werden pulverisiert, das Sparschwein geplündert.

Die hohen Ziele der Koalition bleiben so Makulatur, der Finanzminister hat das Regiment übernommen. Im Soll und Haben von Kenia ist viel Soll und wenig Haben.

Im Bereich der Schulen sind viele Chancen im ersten Regierungsjahr ungenutzt geblieben. Ja – die neue Landesregierung hat einige schwere Hypotheken übernommen. Sie fielen freilich nicht vom Himmel, zwei der Koalitionspartner haben sie zu verantworten. Aber die vielen engagierten Sprachlehrkräfte hat die Landesregierung ziehen lassen, fast der Hälfte unserer Referendare aus dem letzten Abschlussjahrgang hat die Landesregierung in Sachsen-Anhalt keine Chance gegeben und das Hin und Her bei der Aufstockung der Ausbildungskapazitäten für Lehrerinnen und Lehrer an der Universität in Halle verantwortet diese Landesregierung.

Die personelle Ausstattung der Schulen ist heute die zentrale Frage in der Bildungspolitik geworden. Eine gesicherte Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau ist nicht gewährleistet und wird auch im kommenden Schuljahr nicht erreicht werden. Wir stehen vor einem Bildungsabbau – das ist das Gegenteil von Zukunftsfähigkeit. Die 700 Neueinstellungen im vergangenen Jahr und die beabsichtigten Neueinstellungen in diesem und im Folgejahr beseitigen nicht annähernd den Lehrkräftemangel. Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ist seit dem Schuljahr 2013/ 2014 auf dem Sinkflug. Er wurde zwar gebremst aber vom „Steigen“ kann keine Rede sein.

Allerdings steigen erfreulicherweise die Schülerzahlen, die Zahl der Lehrkräfte, die altersbedingt aus dem Dienst scheiden, aber auch. Sie müssen ausgeglichen werden. Den wachsenden Schülerzahlen muss entsprochen werden.

Die bisherigen Landesregierungen haben aber immer nur auf sinkende Schülerzahlen spekuliert, obwohl aufgrund der bekannten Entwicklung der Geburtenzahlen längst klar sein musste, dass die ursprünglichen düsteren Prognosen nicht eintreten werden. Es war immer nur das Wunschdenken in der Regierung – egal ob von Jens Bullerjahn oder André Schröder angetrieben – im Schulbereich mit so wenig Personalkosten wie nur irgend möglich durchzukommen und den realen Bedarf zu „untertunneln“. Außerdem werfen einen demographische Entwicklungen wie die schnelle Zunahme von Migranten in den letzten beiden Jahren nur dann komplett aus dem Sattel, wenn man vorher schon die Zügel viel zu fest angezogen hatte. Unsere vielen Anträge der zeigen, dass die Landesregierung keinesfalls von sich aus handelt, sondern immer erst zum Jagen getragen werden muss. Und selbst dann waren alle bisherigen Maßnahmen zu spät, zu klein und zu unflexibel.

Es ist ein Defizit auszugleichen, das ja selbst die Landesregierung einräumt, um wieder auf ein Unterrichtsangebot und eine Unterrichtsversorgung zu kommen wie im Schuljahr 2013/ 2014. Mit den sogenannten bedarfsmindernden Maßnahmen schon der vergangenen Landesregierung dürfen wir uns genauso wenig abfinden wie mit den geplanten und zum Teil schon vollzogenen Einschränkungen bei der Lehrerstundenzuweisung im neuen Schuljahr. Das „Schönrechnen“ muss aufhören. Wir brauchen größere Kraftanstrengungen beim Schließen der Lücke. Dazu muss man sie aber klar benennen. Ein Elternvertreter hat es auf den Punkt gebracht: noch schlimmer als zwei unbesetzte Planstellen sind zwei gestrichene Planstellen!

Die Landesregierung zeigt bisher ein geradezu erschreckendes Desinteresse an den realen Verhältnissen in den Schulen. Das Schulsystem wird komplett auf Verschleiß gefahren und diese Entwicklung wird sich mit Ansage auch im kommenden Schuljahr weiter fortsetzen. Denn die Schulbehörden werden nicht in der Lage sein, die Zahl der in den Schulen eingesetzten Lehrkräfte zu erhöhen und die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Auch das Konzept für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern wurde erst vor kurzem vorgelegt und ist bisher nichts weiter, als ein noch ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Es ist bisher nichts weiter, als ein „Erste-Hilfe-Paket“.

In dieser Situation geben wir eben nicht allen Kindern gute Chancen. In dieser Situation lassen wir Kinder zurück! Nämlich die, die in Förderschulen insbesondere für schwer körperlich behinderte Menschen, nicht mehr die erforderliche Betreuung, Hilfe und Unterstützung erhalten, weil pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen und auch nicht mehr in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden sollen wie noch vor einem Jahr. Und auch die Kinder lassen wir zurück, die in Grundschulen, die die reduzierten Personalzuweisungsschlüssel besonders treffen, eben nicht mehr die erforderliche Förderung mehr bekommen. Treffen wird das besonders jene, die wichtige Kompetenzen nicht auch außerhalb der Schule in hoher Qualität erwerben können. Hier wird nicht nur schlicht Bildungsabbau betrieben, hier wird sozial ungerecht gehandelt.

Gut, dass diese Ungerechtigkeit, dass dieses Nichtstun von Bildungsminister Tullner nicht mehr hingenommen wird. Vor wenigen Tagen startete die Volksinitiative „Den Mangel beenden! – Unseren

Kindern Zukunft geben“. Gefordert wird unter anderem die Einstellung von zusätzlich 1.000 Lehrerinnen und Lehrern sowie 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und genau diesen Druck brauchen Haseloff und Tullner. Das unsere Partei diese Initiative unterstützt, finde ich gut und richtig.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte Euch: Unterstützt die Volksinitiative. Und wenn Ihr heute hier den Saal verlasst, möchte ich, dass Ihr nicht nur alle unterschrieben habt, sondern dass jeder von Euch eins zwei Unterschriftenlisten mitnimmt. Machen wir das Anliegen der Volksinitiative auch zu unserem.

Und auch in der frühkindlichen Bildung, unseren Kindertagesstätten droht eine ähnliche Entwicklung wie in den Schulen. Eine vor wenigen Tagen erschienene Studie belegt, was viele ahnten. Die Hälfte der pädagogischen Fachkräfte in den KiTas sind über 50 Jahre. Wir werden neben den heute schon in einigen Regionen zu Tage tretenden Problem, der fehlenden KiTa-Plätze auch das Problem eines akuten Personalmangels dazu bekommen. Und auch hier legt die Landesregierung die Hände in den Schoß. Das Kinderfördergesetz soll zum 01. Januar 2018 überarbeitet werden. Der Gesetzentwurf, so die Landesregierung soll den Landtag im Oktober erreichen. Im Oktober? Nun ja, schließlich sind im September Bundestagswahlen und bis dahin will man schweigen. Dumm nur, dass die Landesregierung mit dem Haushalt schon mal verraten hat, wohin die Reise gehen soll. Der Ansatz des Jahres 2018 liegt, trotz Tarifsteigerungen, 18 Millionen Euro unter dem diesen Jahres. Stabile, leicht steigende Kinderzahlen und weniger Geld? Wie passt das zusammen? Ich



fürchte, es ist abgemachte Sache zwischen den Kenia-Koalitionären, dass man die Betreuungszeiten absenken will, dass man wieder Kinder von der Ganztagesbetreuung ausschließen möchte.

Auch hier wird Widerstand nötig sein. Denn wir brauchen nicht weniger Kinderbetreuung sondern mehr frühkindliche Bildung.

Und wenn ich auf die erschreckende Zahl von Kindern blicke, die in Armut leben, hier in Halle und auch in Magdeburg ist es jedes dritte Kind, dann brauchen mehr Geld für Kinderbetreuung.

Wir haben uns klar dazu bekannt, der Kindertagesstättenbesuch soll perspektivisch gebührenfrei sein. Den Weg dahin wollen wir mit einem Gesetzentwurf, den wir im Juni einbringen werden beschreiben.

Eine Frage, die eigentlich keine ist, beschäftigte in den vergangenen Monaten die Menschen in unserem Land. Soll die Friedensfahrterlegende, der Radsportweltmeister Gustav Adolf Schur in die „hall of fame“ des Sports aufgenommen werden oder nicht? Was für eine Frage? Natürlich! Wer, wenn nicht Täve Schur?

Die Entscheidung, war eine Andere. Die Gründe waren vorgeschobene. Da wurde eine Dopingdebatte bemüht, da wurden Aussagen interpretiert, die mit seinen sportlichen Leistungen nicht das Geringste zu tun hatten. Im Kern wollte man wohl sagen: „der passt uns nicht, der ließ sich nicht verbiegen“. Eine Entscheidung, die Unverständnis hervorrief und die zu Recht von der überwiegenden Mehrheit der hier lebenden Menschen abgelehnt wird.

Für uns LINKE ist das Thema Ostdeutschland noch lange nicht abgehakt.

Die Linksfraktion konzentriert sich weiter auf die Themen, die wichtig für Sachsen-Anhalt sind, wichtig für Ostdeutschland und andere strukturschwache Regionen sind: Mehr Lehrer, jetzt, mehr Polizei, mehr Geld für die Kommunen, Lohn- und Rentengerechtigkeit. Landtagsfraktion der LINKEN legen die Finger in die Wunde, was bedeutet der neoliberale Umbau der Gesellschaft konkret. Wann verwischt endlich die alte Grenze zwischen Ost und West: Bei Löhnen, bei Renten, bei Vermögenswerten, bei der Verschuldung - die neuen Länder hinken der Entwicklung der Westländer hinterher. Und Sachsen-Anhalt steht auch innerhalb des Ostvergleiches auf letzten Plätzen. Aus dem Kahlschlag und den Entscheidungen der 1990er resultieren auch drei Jahrzehnte danach schwierige Rahmenbedingungen.

Deshalb ist Ostpolitik der LINKEN kein Blick zurück, sondern die Vertretung ostdeutscher Interessen für heute und morgen. Nur 1,7 Prozent der gesamtdeutschen Führungskräfte sind Ostdeutsche und sogar im Osten sind mit gerade 23 Prozent unter den Führungskräften nur unterdurchschnittlich viele Ostdeutsche. Um junge Menschen in Sachsen-Anhalt zu halten, brauchen wir gute Löhne und Karrierechancen, kulturelle Vielfalt und Offenheit sowie eine exzellente Struktur öffentlicher Dienstleistungen. Und eine Steuergerechtigkeit, die es den Kommunen ermöglicht, für Letztgenanntes zu sorgen.

Bis heute wirken kulturelle Prägungen nach, den Osten macht mehr aus als Wirtschaftskennziffern. Die Selbstständigkeit von Frauen zeigt sich in einem hohen Frauenanteil bei den Erwerbstätigen. Im Vergleich zum Westen leben mehr Kinder bei Alleinerziehenden und es werden mehr Kinder in Kitas betreut. Die Betreuungsquote liegt in Sachsen-Anhalt weit über dem Bundesdurchschnitt. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, kostenfreie Kitas und Schülerinnenbeförderung und eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut sind deshalb Kernforderungen LINKER Bildungspolitik.

Und wir ducken uns auch nicht weg, wenn es um die Probleme des Ostens geht. Erst vor wenigen Tagen wieder, ist eine Studie, der Ostbeauftragten der Bundesregierung, veröffentlicht worden, die offenlegt, was hier im Saal jeder weiß. In den neuen Bundesländern sind nicht nur rechte Einstellungen weiter verbreitet, sondern wir haben hier ein massives Problem mit rechten Gewalttaten. Die fast reflexive Antwort, war das Erklärungsmuster ostdeutscher Diktaturerfahrung. Das trägt nach meiner Überzeugung im 27. Jahr der Einheit nur bedingt. Millionen Ostdeutsche sind seit der Wende in die alten Bundesländer übergesiedelt, ohne dass es dort nennenswerte Erscheinungen rechter Gewalt gab, die dort neu waren. Also allein die simple und alles rechtfertigende Antwort Diktaturerfahrungen reicht hier als Erklärung nicht aus. Ich denke, dass auch die Nachwendeerfahrungen waren und sind, die das Einfallstor für rechte Ideologen waren. Es gibt auch hier in Sachsen-Anhalt Menschen, die Verlierer der deutschen Einheit waren. Die über fast drei Jahrzehnten Veränderungen als sozialen, kulturellen und persönlichen Abstieg erfahren

mussten. Menschen die sich in ständiger Bedrohung ihrer Lebenssituation sehen. Und genau an dieser Stelle verfängt das Identifikationsangebot, in einem nationalen Kollektiv aufgewertet zu werden.

Ich möchte nicht missverstanden werden, verstehen hat nicht mit Verständnis zu tun. DIE LINKE steht klar an der Seite derer die gegen rechte Einstellungen kämpfen. Unser politisches Angebot ist ein solidarisches Angebot an alle Menschen. Wir kämpfen gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft und gegen rechts. Es ist auch nicht zwangsläufig, dass Abstiegs Erfahrungen zu autoritären oder rechten Einstellungen führen müssen. Aber dort, wo Landesregierungen rechte Gewalt und Einstellungen negieren oder als Sachsenstolz verharmlosen, da wird der Boden bereitet für die Rattenfänger von rechts. Wo rassistische oder homophobe Äußerungen unwidersprochen bleiben und zivilgesellschaftliche demokratische Akteure und deren Protest kriminalisiert werden, dürfen sogenannte Wutbürger sich in ihrem kruden Weltbild bestätigt sehen. Und wenn eine sächsisch-anhaltinische Landtagsabgeordnete von der CDU, anfängt nach vielfachen Drohungen und Angriffen auf das Wahlbüro eines grünen Abgeordneten zu sagen, der habe ja selbst Schuld, er provoziere ja mit seinem Widerspruch, dann muss unser Verständnis aufhören. Diese Art konservativer Gewaltrelativierung erfordert unseren klaren Widerstand und unsere Solidarität.

Ich wiederhole wir kämpfen gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft und gegen Rechts.

Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie man die Würde des Einzelnen schützt und bewahrt, wie Individualität und sozialer Zusammenhalt möglich bleiben, wie wir gesellschaftlichen Reichtum für ein gerechteres Gemeinwesen umverteilen. Unsere relative Sicherheit und unser relativer Wohlstand sind nicht durch das Fremde bedroht, sondern durch soziale Ungleichheit. Das Integrationshemmnis Nummer Eins ist Armut, - nicht die Religion, nicht das Geschlecht, nicht der Geburtsort.

Und während die CDU den Wolf und die Grünen zum politischen Hauptproblem zu ernennen, werden wir auch künftig die Themen in den Landtag einbringen, die für die Entwicklung unseres Landes maßgebend sind. Das sind nun mal Bildung, gute Arbeit, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Dabei bleibt es, darauf kann man sich bei uns verlassen.